

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: www.neumayr.cc

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken	69
<i>Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa	143

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen
zum Ersten Weltkrieg* 165

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Rolf Wortmann, Osnabrück
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken
einer problematischen Denkfigur* 179

Susanne Güsten, Istanbul
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen
in der Südosttürkei* 191

Albrecht Weber, Osnabrück
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus
rechtlicher Perspektive.* 201

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 213
Abbildungsnachweis 219



Matthias Platzeck, Roland Czada, Irina Scherbakowa

Druschba?! – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 29. Oktober 2015

Matthias Platzeck

Vorsitzender des Deutsch-
Russischen Forums e.V., Berlin

Dr. Irina Scherbakowa

Germanistin und Kultur-
wissenschaftlerin, Moskau

Prof. Dr. Roland Czada

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Roland Czada: Universitätspräsident *Lücke* stellte in seiner Begrüßung die Frage, ob es angesichts der jüngsten Konfrontationen zwischen Russland und den Staaten der Europäischen Union überhaupt noch ein besonderes »deutsch-russisches« Verhältnis gibt, das mit den Beziehungen zu keiner anderen Nation vergleichbar wäre.

Heute ist das Bild mehr als eingetrübt, und unser Friedensgespräch soll auch der Frage nachgehen, wie das zu ändern, wieder zum Besseren zu wenden wäre. Dazu haben wir zwei Podiumsgäste eingeladen, die über ein hohes Maß an Anschauung, Erfahrung, Wissen und Urteilsvermögen verfügen, um uns in dieser Sache Orientierung geben zu können.

Irina Scherbakowa: Leider sind wir in Russland sehr mit dieser Problematik beschäftigt. Morgens beginnen wir damit, darüber nachzudenken, wie es um den Rubel steht und wer mit wem in der Politik über was verhandelt hat. Mein Fach und meine Interessen gelten der Geschichte, und mein ganzes berufliches Leben war mehr oder weniger mit Deutschland verbunden. Es ging mir dabei um die Bedeutung der deutschen Literatur für Russland und um die Möglichkeit, Erinnerungen und Kenntnisse über Literatur, Kultur, Diktatur und Krieg zu vermitteln. Welche deutsche Literatur wird in Russland in breiten Kreisen noch gelesen? Zu den meist gelesenen ausländischen Schriftstellern in Russland gehört tatsächlich der in Osnabrück geborene *Erich Maria Remarque*. Die meisten seiner Bücher sind auch auf Russisch erschienen. Sein Buch *Drei Kameraden* gehört zu den sehr bekannten und geliebten Büchern. Weiter gehört *Thomas Mann*

auf diese Liste, besonders mit seinem Werk *Joseph und seine Brüder*. Und *Heinrich Böll* wird in Russland sogar mehr gelesen als in Deutschland.

Das Gastspiel *Bertolt Brechts* mit dem Berliner Ensemble während des Kalten Krieges im Jahr 1955 war eines der wichtigsten kulturellen Ereignisse in Russland. Erst nachdem man Brecht gesehen hat, fand man bei uns den Weg zum modernen Theater. Bis heute gehört die *Dreigroschenoper* zu den am meisten aufgeführten Stücken in Russland.

Umgekehrt kann man fragen, was die russische Literatur für Deutschland einmal bedeutete, *Tolstoi*, *Dostojewski* oder *Tschechow*. *Tschechow* gehört nach wie vor zu den am meisten aufgeführten Theaterautoren in Deutschland. Das ist kein Zufall und gehört zu unserer gemeinsamen Geschichte. Unsere Vorstellungen von den Napoleonischen Kriegen von 1805 bis 1812 beruhen beiderseits sehr stark auf Tolstois *Krieg und Frieden*. Deutschland war immer wichtig für Russland. Natürlich hat man im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in adeligen und gebildeten Kreisen in Russland Französisch gesprochen, und die französische Kultur spielte eine große Rolle. Aber die Deutschen waren immer mittendrin in Russland. Es gibt keine einzige große bürgerliche deutsche Familie im 18. und 19. Jahrhundert, von der nicht irgendein Vertreter irgendwann einmal in Russland gelebt hat. In der Wissenschaft, beim Militär, in der Bildung, in der Medizin. Der deutsche Arzt *Friedrich Joseph Haass* z.B. war der erste Mediziner in Russland, der sich damit befasste, das Schicksal der Häftlinge in den Gefängnissen zu erleichtern. Seine Person ist ein Symbol dafür, wie komplex die deutsch-russischen Beziehungen waren.

Das 20. Jahrhundert hat Russland und Deutschland auf eine sehr tragische und schreckliche, aber auch unzertrennliche Weise miteinander verbunden. Dazu gehören die Erfahrungen der Diktaturen und der Kriege. Deswegen ist es kein Zufall, dass man in Deutschland eine besondere Beziehung zu Russland hat. Das haben wir in Russland am Anfang der Perestroika und am Ende der 1980er Jahre ganz stark gespürt. Denn es waren die Deutschen, die uns wirklich geholfen haben. Und das kam nicht nur von oben. Es war nicht nur eine Gegenleistung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* für die Öffnung der Mauer und die Wiedervereinigung, dass Deutschland sehr viele Lebensmittel nach Russland, das in einer furchtbaren Situation war, geschickt hat. Es kam auch von unten: Jeder bei uns hat einmal Pakete erhalten, insbesondere solche Menschen, denen es schlecht ging. Es ist eine böswillige Interpretation, wenn behauptet wird, man habe uns »erniedrigt«, dadurch dass Kriegsveteranen diese Pakete aus Deutschland bekamen. Ich habe nicht einen solchen Kriegsveteranen erlebt – und mein eigener Vater gehörte dazu –, der diese Geste der Zivilgesellschaft aus

Deutschland als Erniedrigung empfunden hätte. Aus dieser Geste sprach für uns das Verständnis dafür, wie schwierig damals die Situation in Russland war. Manchmal wird heute vergessen, dass man es auch der demokratischen Bewegung bei uns und dem davon ausgehenden Druck auf Gorbatschow zu verdanken hat, dass die DDR frei wurde und es die Wiedervereinigung gab.

Wir waren zwischen 1988 und 1990 in Russland ständig auf Demonstrationen. Millionen gingen für Demokratie, Freiheit und die Abschaffung des Einparteiensystems auf die Straße. Das war eine gute Grundlage für die Beziehungen, die dann entstanden, etwa in der Wirtschaft oder zwischen den Historikern, unten denen die Deutschen zu den Ersten gehörten, die in den erstmals geöffneten Archiven arbeiteten. In der heutigen offiziellen Propaganda bei uns heißt es oft, Russland sei erniedrigt worden und es habe keine Gespräche auf Augenhöhe gegeben. Als Vertreterin der Zivilgesellschaft, als Historikerin und Germanistin kann ich sagen, dass ich das nie erlebt habe. Umgekehrt: Deutschland war für uns ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, mit einer so negativen Vergangenheit und Diktaturerfahrung eine Demokratie aufzubauen. Das haben wir auch für uns erhofft.

Aber wir müssen auch darüber sprechen, wie die Situation sich veränderte und welche Hoffnungen wir in den 1990er Jahren in Russland hegten, hinsichtlich des Aufbaus der Demokratie und eines Mehrparteiensystems. Eigentlich sind nur die Hoffnungen geblieben, denn die Situation hat sich in den letzten zwei Jahren dramatisch verschärft. Viele Menschen in Russland glauben, angesteckt durch eine massive Propaganda, dass sie wieder in einer belagerten Festung gelandet und von Feinden umringt sind. Zum ersten Mal seit vielen Jahren werden die Deutschen auch in Umfragen nicht mehr durchweg als Freunde bezeichnet.

Ich glaube, heute neigt man im Westen oft und erst recht in Russland dazu, den Begriff des Landes mit dem des Staates zu verwechseln. Wenn man das, was in Russland passiert, kritisiert, wird oft gesagt, man sei kein Patriot. Damit ist aber nicht gemeint, dass man das Land nicht liebt, sondern dass man den Staat kritisiert. Dass man den Staat mit dem Land verwechselt, gehört seit Jahrhunderten ebenso zu den russischen Verhältnissen wie die Verwechslung der Macht mit den Menschen. Zwischen beiden Seiten möchte ich ganz deutlich unterscheiden, und zwar auch in Bezug auf die menschlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland und das, was in der Politik passiert.

Matthias Platzeck: Bei allem Pessimismus, der in Ihren Worten mitklingt, Frau Scherbakowa, machen Sie mir trotzdem Hoffnung. Ich teile die Ansicht, dass es zwischen Deutschland und Russland eine Bindung gibt,

die sehr tief gründet und schwierigste Zeiten und Ereignisse überdauert hat. Im siebzigsten Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus habe ich manchmal den Eindruck, dass wir das, was die Völker der Sowjetunion – und speziell die Russen, Ukrainer und Weißrussen – uns angeboten haben, nicht hinreichend zu würdigen wissen. Trotz eines beispiellosen Vernichtungskriegs, den Deutschland von 1941 bis 1945 im Osten geführt hat, wurden uns Vergebung, Partnerschaft und sogar Freundschaft angeboten. Angesichts der Tatsache, dass jede Familie dort Opfer zu beklagen hatte, war das etwas absolut Außergewöhnliches und nicht Erwartbares.

Ich glaube, dass wir in Bezug auf unsere Maßstäbe und Perspektiven auf Russland und andere Völker östlich von uns noch einmal in uns gehen sollten. Als Kurator des *Johannes-Rau*-Begegnungszentrums habe ich vor Kurzem an einer Gedenkreise zu den Stätten der Vernichtung in Weißrussland teilgenommen. Es fällt auf, dass wir Gedenkfeiern an anderen Orten, zu Recht, sehr hochrangig ausgerichtet haben, etwa in der Normandie, wo der Eröffnung der zweiten Front im Weltkrieg mit vielen Staatsgästen gedacht wurde, oder den Jahrestag der Vernichtung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane, oder auch von Lidice in Tschechien. In Weißrussland begegnen uns 629 komplett vernichtete und zerstörte Orte, in denen, wie in Oradour und Lidice, alle Einwohner umgebracht wurden. Unser Gedenken daran erscheint mir kaum angemessen und gleichrangig. Diese Dimension des angerichteten Leids ist uns überhaupt nicht präsent. Größtenteils kennen wir diese 629 Orte nicht. Die 27 Millionen Toten der Völker der Sowjetunion haben bei uns nicht denselben Stellenwert wie andere, derer wir zu Recht gedenken. Wir sind da mindestens nachlässig, wenn nicht gar ungerecht.

Ich komme aus der Bürgerbewegung der DDR und hatte 1989 natürlich auch Träume und Hoffnungen. Ich war überzeugt, dass wir das Problem der Friedenserhaltung, bezogen auf den Gegensatz zwischen Ost und West, positiv gelöst hätten. Manche sprachen vom ›Ende der Geschichte‹ und dass sich alles in Harmonie auflösen werde. Keine Hoffnung ist schwerer enttäuscht worden und kein Irrtum war größer. Heute würde ich uns fast als Romantiker bezeichnen. Wir hatten vergessen, dass Politik aus drei Dingen besteht: Interessen, Interessen und nochmals Interessen. Viele unserer damaligen Hoffnungen wurden zertrümmert. Wir mussten lernen, dass Krieg nicht gebannt, sondern näher herangerückt ist. Es zeigen sich so viele Konfliktlinien, wie es sie nicht einmal im Kalten Krieg gab. Die Konflikte sind unüberschaubarer und unberechenbarer geworden. *Willy Brandt* sagte schon in den 1980er Jahren, dass der Ost-West-Konflikt lösbar sei und der bleibende, uns begleitende Konflikt der Nord-Süd-

Konflikt sein werde. Damit hatte er Recht: Was wir heute erleben, ist auch ein Ausfluss des Nord-Süd-Konfliktes.

Die Hoffnungen, von denen auch Frau Scherbakowa sprach, haben sich nicht erfüllt. Die bis vor ein paar Jahren gefeierte Partnerschaft mit Russland war seit 1990 nicht so gut gegründet und fundamentiert, wie sie hätte sein müssen. Im Westen, und besonders in Deutschland, dachten viele, dass es nur eine Frage der Zeit und des guten Zuredens sei, bis Russland so wird wie wir – in der Annahme, dass alle Länder irgendwann so werden müssten wie wir, da wir das beste Wertesystem, das beste politische System, die beste Form des gesellschaftlichen Umgangs miteinander haben, und dass eigentlich gar keine andere Wahl bleibe. Nun stellen wir relativ ernüchtert fest, dass dieser Prozess so nicht läuft. Die Völker des Ostens sind nicht so wie wir geworden und werden es vielleicht auch auf absehbare Zeit nicht. Wir müssen aber Respekt entwickeln gegenüber anderen Wegen, anderen Formen des gesellschaftlichen Miteinanders, gegenüber anderen Kulturen, Traditionen und Mentalitäten, die voraussichtlich Bestand haben werden. Wir müssen einsehen, dass das Spektrum breiter ist und dass unsere Art, die Welt zu sehen, nicht die allein selig machende ist. Wir neigen dazu, an manchen Stellen andere Gesellschaften zu überfordern, so auch die russische. Aber alles braucht seine Zeit, und wir müssen auch unsere Maßstäbe überprüfen. Ich teile die Kritik bezüglich der homophoben Gesetzgebung in Russland. Trotzdem ist daran zu erinnern, wo Deutschland in diesen Fragen in den 1950er oder 1960er Jahren stand. Alle Gesellschaften und auch die Zivilgesellschaft brauchen Zeit, um sich zu entfalten. Darum wäre es vermessen, wenn wir nach 70 Jahren Demokratie bei uns von anderen erwarten, das Gleiche in wesentlich kürzerer Zeitspanne zu erreichen.

In Kürze werden wir in Potsdam nach längerer Pause den *Petersburger Dialog* wieder aufnehmen. Der deutsche Teilnehmerkreis ist teils neu strukturiert und zusammengesetzt. Es sind mehr Organisationen, Vereine und Verbände dazugekommen, z.B. Greenpeace und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Wir wollen die Tage nutzen, um Wege zu suchen, wie wir wieder zueinanderkommen. In den zurückliegenden zwei Jahren ist vieles im deutsch-russischen Verhältnis kaputtgegangen, von dem wir dachten, dass es Bestand haben wird. Dass Deutschland in der Beliebtheit bei den Russen von Platz 1 auf Platz 38 abgerutscht ist, spürt man an manchen Stellen deutlich. Wenn die deutsche Wirtschaft sagt, dass sie in Russland seit vielen Monaten keine Investition mehr unternommen hat, dann ist das ein deutliches Zeichen für die Zustände, die zwischen unseren Ländern eingetreten sind.

Die Aufgabe der Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland habe ich bewusst gewählt. Ich habe vier Kinder und vier Enkel und möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass das große Glück, meine bisherigen Lebensjahre in Frieden verbracht zu haben, auch meinen Kindern und Enkeln zuteilwerden kann. Ich glaube, dass eine friedliche Zukunft *gegen* oder *ohne* Russland nicht möglich sein wird. Und ich möchte meine Kraft dazu verwenden, möglichst viel miteinander zu organisieren, um wieder aus der Konfrontation herauszukommen.

Roland Czada: Herr Platzek, Sie sagen, die Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland sei nicht so gut gegründet gewesen wie erhofft. Wir würden unsere Partner mit Erwartungen überfordern. Ist dies nicht auch ein Problem im europäischen Kontext? Deutschland richtet in der Energiepolitik, in der Flüchtlingspolitik, in der Eurokrise viele Erwartungen an seine Nachbarländer, oft ohne Verständnis für die dortigen Situationen. Krank daran vielleicht auch das deutsch-russische Verhältnis?

Frau Scherbakowa sagte, auf beiden Seiten gebe es ein Bedrohungsgefühl. Hat sich deshalb die Beliebtheit der Deutschen in Russland verringert? Falls ja, wäre dies nicht auch eine Folge gelenkter medialer Propaganda, auf die man sich in Russland hervorragend versteht?

In Deutschland gibt es das Gegeneinander der ›Russlandversther‹ oder auch ›Putinversther‹ und anderer, die auf ein altes Feindbild gegenüber Russland aus dem Kalten Krieg zurückgreifen.

Frau Scherbakowa, wie sieht das in Russland aus? Gibt es dort einen Diskurs über Deutschland, der nicht von solchen Bedrohungsängsten überlagert ist? Gibt es bei Ihnen ›Deutschlandversther‹?

Irina Scherbakowa: Ich sehe ein Problem darin, dass man Außenpolitik und Friedensgeschichte getrennt von der Innenpolitik in Russland betrachtet. Man sagt dann, dass in Russland zwar nicht alles zum Besten steht und die Demokratie auf der Strecke geblieben sei, aber dass Russland dafür eben noch Zeit brauche. Für die Menschen in Russland steht indessen nicht Deutschland oder der Westen im Vordergrund des Interesses. Das Problem liegt in der innenpolitischen Situation in Russland, und es geht um die Frage, in welchem Land wir eigentlich leben. Die Propaganda richtet die ganze Aufmerksamkeit auf die Außenpolitik – Ukraine, Syrien, der böse Westen, Europa mit Flüchtlingen überfüllt –, weil man Menschen so von der innenpolitischen Lage bei uns ablenken kann. Einen Großteil meines Lebens habe ich unter dem Sowjetregime verbracht. Ich weiß, was es bedeutet, unter einer Diktatur zu leben. Heute haben wir in vielerlei Hinsicht eine andere Situation, die es z.B. möglich macht, dass ich noch

kein Ausreisevisum brauche und an dieser Diskussion teilnehmen kann. Allerdings registrieren wir während der letzten 15 Jahre einen Abbau der schwachen Anfänge der Demokratie. In den 1990er Jahren gab es den Versuch, eine Demokratie aufzubauen, ein Mehrparteiensystem einzuführen und ein freies Land zu entwickeln. Jetzt ändert sich alles, es gibt Verschärfungen der Gesetzgebung auf allen Ebenen. Als Beispiel kann man die Lage von Homosexuellen anführen, die sich sehr verschlechtert hat.

Was uns Sorgen und Ängste bereitet, ist die Entwicklung der letzten Jahre. Wir haben keine freien Wahlen und keine echten Parteien mehr. Die größte Partei ist ein Arm der Macht, und die anderen Parteien tun nur so, als seien sie anders. Ich könnte hier ausführen, wie auf regionaler Ebene die Opposition bei dem Versuch, sich an Wahlen zu beteiligen, diffamiert und beschuldigt wird. Wir erleben, dass sich die Macht mehr und mehr auf eine Person konzentriert. Ich glaube nicht, dass Russland dazu verdammt ist und war, so paternalistisch zu sein. Dazu hat erst die Entwicklung der letzten Jahre geführt. Diese Entwicklung dient allein dem Machterhalt des Präsidenten. Der Anteil von Kritikern der heutigen russischen Politik wird auf höchstens 11% geschätzt. Ihnen wird erklärt, 80% der Bevölkerung unterstützen die gegenwärtige Regierung. Ich frage, warum hat man dann so eine schreckliche Angst vor diesen Kritikern? Warum hat man Angst vor einer so kleinen und schwachen Opposition? Wahrscheinlich ist die Opposition wirklich so schwach durch die Entwicklung und Propaganda der letzten Jahre.

Man möge einmal bedenken, was es für eine NGO wie *Memorial* bedeutet, in Russland zu überleben. In Deutschland kann sich wahrscheinlich niemand vorstellen, wie wir durch die Gesetzgebung gefesselt werden. Noch im Jahr 2000 gab es in Russland 80.000 verschiedene NGOs, darunter viele menschenrechtlich orientierte Organisationen. Die meisten existieren nicht mehr. Es ist kaum möglich, als NGO unter dem Druck der Gesetzgebung zu überleben. Warum hat der Staat solche Angst und führt sogar die Zensur ein, im Internet wie bei den freien Medien? An einer Hand lässt sich abzählen, wie viele freie, d.h. kritische Medien es noch gibt.

Ausschlaggebend dafür ist, dass die Modernisierung in Russland nicht geschafft wurde und es darüber eine große Frustration gibt. Daher kommt das Gefühl, betrogen worden zu sein, und zwar auch vom Westen. Es gibt allerdings unterschiedliche Gründe, warum man die Modernisierung nicht geschafft hat, unter anderem sind dies die weit verbreitete Korruption und die Abschaffung der Freiheit. Wirtschaft braucht aber Freiheit, Investitionen brauchen Freiheit, Zuverlässigkeit und einen Rechtsstaat. Russland ist bis heute kein Rechtsstaat. Wir haben versucht, diesen in den 1990er

Jahren aufzubauen; er kam nicht zustande. Heute werden kleine Geschäftsleute, NGO-Vertreter und einfache Menschen nicht durch das Recht geschützt. Dass es sogar so weit kommt, dass ein Krieg in der Ukraine geführt wird, haben wir nicht geglaubt. Doch wir haben den Westen immer vor der gefährlichen politischen Entwicklung gewarnt, auch in Deutschland, etwa beim ›Petersburger Dialog‹. Aber nur ein Teil der deutschen Gesellschaft hat diese Warnsignale wahrgenommen. Und auch deswegen gibt es diesen Riss in der deutschen Gesellschaft, bezogen auf Russland.

Matthias Platzeck: Ich habe von libertär und europäisch ausgerichteten russischen Freunden eine andere Wahrnehmung der 1990er Jahre in Russland kennengelernt, insbesondere bezüglich der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, die für viele bis heute ein Trauma bedeutet. Das muss man berücksichtigen, um zu verstehen, warum Begriffen wie Privatisierung, Marktwirtschaft oder Demokratie von nicht wenigen keine positive Bedeutung beigemessen wird. In dieser Zeit, unter Präsident *Boris Jelzin*, wurden die Gehälter nur unregelmäßig ausgezahlt, Rentenzahlungen erfolgten willkürlich, Oligarchien entstanden und das Gesundheitssystem geriet an seine Grenzen. Was bei uns als Zeichen eines Aufbruchs gesehen wurde, war für viele Russen ein gesellschaftlicher Zusammenbruch. Das erklärt auch zum Teil die Anfangseuphorie für Wladimir Putin, denn erst kommt, frei nach *Bert Brecht*, ›das Fressen und dann die Moral‹. Freunde sagten mir, dass ihnen die Pressefreiheit nichts nütze, wenn sie ihre Familie nicht mehr ernähren könnten. Diese Stimmung muss man zur Kenntnis nehmen, darauf fußte die Begeisterung für den neuen Präsidenten.

Putin hat es fatalerweise nicht geschafft, in der Hochzeit seines Ansehens, seiner Macht und seiner Möglichkeiten, die ihm fast demokratisch verliehen worden sind, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Industrie zu modernisieren. Dafür gab es Chancen; er hat sie nicht ergriffen. Ein anderer seiner Fehler kommt in der Politik offenbar immer wieder vor und hat dieselben negativen Folgen: Die Amerikaner haben für ihre Demokratie als eine der ersten Regeln festgelegt, dass ein Präsident nach zwei Legislaturperioden aus dem Amt scheidet, und sei er auch noch so beliebt bei der Bevölkerung. Dafür gibt es gute Gründe. Nach so einer langen und intensiven politischen Gestaltungszeit, wie Putin sie in Russland erlebte, bilden sich Verkrustungen, Seilschaften und letztlich eine Corona von Ja-Sagern. Der Kernfehler war, dass Putin wiederkam, weil er sich für unersetzbar hält. Er verfolgte keinen Ansatz der Modernisierung mehr, er setzte nur noch auf Sicherheit. Aus dieser Periode stammt die von Frau

Scherbakowa kritisierte Gesetzgebung. Und diesbezüglich ist von Putin tatsächlich nichts Gutes mehr zu erwarten.

Was man anerkennen muss – und nicht allein auf intensive, perfekt laufende Propaganda zurückführen kann –, ist das Faktum, dass Putin ein gewählter Präsident ist. Das muss man insbesondere im zwischenstaatlichen Umgang respektieren. Dies geschieht auch gegenüber anderen Regenten, die nicht unseren Idealvorstellungen entsprechen, z.B. unseren langjährigen saudischen Partnern. Es wäre eine große Tragik, aber ich vermute, dass Putin auch beim nächsten Mal, sollte er kandidieren, wieder gewählt wird. Ich halte jeden Versuch für sinnvoll, selbst den bösesten Gegner zu verstehen. Warum ›Verstehen‹ so eine Art Schimpfwort geworden ist, ist mir unbegreiflich. Es ist doch Basis jeder Analyse, dass ich verstehe, warum jemand etwas macht, was die Bedingungen sind, unter denen jemand etwas macht, und woraus sie sich herleiten. Ich muss mir die Mühe machen, diese zu verstehen.

Wenn in Deutschland das deutsch-russische Verhältnis oft kontrovers diskutiert wird, dann spielen dabei verschiedene Dinge mit hinein. Als Deutscher kann man zu Russland keine oberflächliche Beziehung haben. Viele Menschen bei uns verspüren eine schicksalhafte, emotionale Beziehung zu Russland. Das sorgt für eine engagierte Debatte. Hinzu kommt in den letzten zwei Jahren, dass nicht wenige Leute beklagen, die öffentliche Berichterstattung über Russland sei nicht ausgewogen, sondern einseitig. Das sorgt für noch mehr Emotionalität. Ich nehme übrigens wahr, dass es in dieser Frage einen Ost-West-Unterschied gibt. Auf Veranstaltungen in westlichen Bundesländern erlebe ich eine größere Reserviertheit gegenüber Russland als in den östlichen Bundesländern. Westdeutsche fordern mich als ehemaligen DDR-Bürger auf, gegenüber Russland mehr auf Distanz zu gehen, weil wir ja von den Russen besetzt worden seien. Ich antworte dann, dass ich die schlimme Zeit bis zu Stalins Tod nicht erlebt habe. In Potsdam, wo ich aufgewachsen bin, gab es zehntausende Russen. In den 1960er und 1970er Jahren haben wir sie nicht mehr als Besatzer erlebt, sondern als Nachbarn. Und in den 1980er Jahren haben sie uns sogar leid getan, weil es vielen von ihnen materiell und finanziell schlechter ging als uns. Angstgefühle gegenüber den Russen hatten wir nicht, eher gab es ein gewachsenes gegenseitiges Verständnis. Angst verliert sich, wenn man näher dran ist.

An der Berichterstattung über Russland stören auch mich häufig eine fehlende Differenzierung und der Rückfall in die Muster des Kalten Krieges. Oft wurde schnell und ohne tiefgreifende Analyse festgestellt, dass Brüssel oder Washington die Adressen des Guten sind und Moskau die

Adresse des Bösen. – Mit solchen Zuschreibungen kommen wir aber miteinander nicht weiter.

Roland Czada: Sie beide sagten, dass nach 1989 in Russland eine Modernisierung und Demokratisierung nicht erreicht wurde. Was waren die Gründe dafür? Ist die marktwirtschaftliche Transformation an Korruption und entstehenden Oligarchien gescheitert?

Auch in Deutschland gab es nach 1989 so etwas wie ›Vereinigungskriminalität‹. Kriminelle Machenschaften waren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, was die Aneignung von Unternehmen und Rohstoffen betraf, in Russland wohl in weit größerem Ausmaß vorgekommen. Putin trat als Hoffnungsträger an, der mit Chaos und Korruption aufzuräumen versprach. Warum gelang das nicht? Sind in Russland aufgrund seiner vormals zaristischen Staatstradition Demokratie und Marktwirtschaft zum Scheitern verurteilt? Ist die russische Gesellschaft vielleicht anhaltend ›autoritär‹ und gilt für sie, was die ins Exil vertriebenen Theoretiker des Frankfurter Instituts für Sozialforschung nach 1945 den Deutschen bescheinigten, nämlich einen »autoritären Charakter« zu haben? Unstreitig ist ja, dass die Deutschen inzwischen zu einer westlichen Nation geworden sind; in Russland scheint es nicht gelingen zu können.

Irina Scherbakowa: Ich glaube, dass Deutschland ein Beispiel für uns ist, wie man aus einer fürchterlichen Diktatur eine Demokratie aufbauen kann und dabei nicht die Vergangenheit verneint. Das Letztere ist Russland zum Verhängnis geworden. Heute ist die vorherrschende Meinung bei uns, dass unsere Vergangenheit gar nicht so schlimm war. Es gibt einen Lackmустest dafür: die Sicht auf die Figur Stalins. Ich glaube allerdings nicht, dass es wegen der historischen Entwicklung in Russland hoffnungslos ist, eine Demokratie aufzubauen. Die Merkmale dafür sind Transparenz, Pressefreiheit, ein funktionierendes Rechtssystem und freie Wahlen. Das alles versuchte man in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Jelzin wurde damals im Fernsehen so hart kritisiert und verspottet, wie man es sich heute kaum vorstellen kann. Die Schattenseite ist, dass es zu einer wirtschaftlichen Katastrophe kam. Aber das war kein Wunder, nach siebzig Jahren Sowjetunion. Am Ende der Regierungszeit *Breschnews* war das Land absolut pleite, und nichts funktionierte. Man stand in Schlangen vor den Läden um Brot an. Das hatte man vorher nur im Krieg erlebt. Durch den Rüstungswettlauf mit dem Westen geriet man endgültig in die Pleite. Die DDR war damals schon bankrott, aber Russland erst recht. Dass sich das Sowjetimperium auflöste, war keine Verschwörung von *Gorbatschow* und Jelzin, wie oft gesagt wird. Der Grund dafür lag darin, dass die ehemaligen

Sowjetrepubliken in der damaligen Misere glaubten, diese allein besser überwinden zu können. Die Baltischen Republiken haben es geschafft.

Warum hat die heutige Macht es nicht geschafft, die Wirtschaft zu modernisieren; warum die Korruption nicht besiegt, was Putin so oft proklamierte? In Russland gibt es seit Mitte der 1990er Jahre nur deshalb keine ›Oligarchen‹ mehr, weil sie seitdem auch die politische Macht haben und Staatsposten bekleiden. Die Modernisierung der Wirtschaft ist nicht gelungen, weil seit Beginn der Nulljahre keine Rede mehr von Demokratie war. Über Demokratie, Pressefreiheit und Transparenz wurde nicht mehr gesprochen. Die Parole war stattdessen, dass fortan ›das Gesetz‹ in Russland herrschen werde. Aber ohne Demokratie und Transparenz gibt es keine rechtsstaatliche Gesetzlichkeit.

Hinzu kam die Illusion, dass der Zynismus und die Bereicherung der oberen Schicht, also derjenigen, die die Staatsbürokratie ausmachten, zu Putins Zeiten abgebaut worden wäre. Das Gegenteil ist der Fall, und das Problem hat ganz andere Dimensionen angenommen, indem der Prozess der Verstaatlichung sich beschleunigt hat. Heute haben wir die Macht der staatlichen Konzerne. Es gibt keine Oligarchen mehr, sondern Wirtschaftsunternehmen, die fast alle staatlich sind. Die Unterstützung Putins durch die Bevölkerung beruht darauf, dass sehr viele Menschen durch die immens gewachsene Bürokratie an den Staat gebunden sind. Die Bürokratie in Russland ist viel größer geworden, als sie es in der Sowjetunion bereits war – somit war der Drachen nicht zu besiegen!

In der DDR und der Sowjetunion sind wir in Gesellschaften mit kommunistischen Regimen ohne Freiheit aufgewachsen. Und die damals vermittelte Ideologie mit ihren hehren Zielen wie Internationalismus und Antiimperialismus und den Maximen, sich nicht bereichern zu dürfen und solidarisch sein zu sollen, wirkte zunächst nach. Was dann aber passierte und immer stärker wurde, war ein unglaublicher Zynismus der Macht, der sich offen äußerte. Nun galt: Wir sind überhaupt keine Internationalisten, sogar Rassisten dürfen wir sein. An der Ukraine-Krise ist für mich schockierend, zu erleben, dass nicht ›die Imperialisten‹ die Bösen sind, sondern ›die Ukrainer‹, dass also eine ganze Nationalität der Feind ist. Das ist nun die ständige Behauptung der russischen Propaganda, und es verbreitet sich über die Schulhöfe bis hin in die Gespräche zu Hause in der Küche. Die Ukraine ist zum Feindesland geworden, und daraus entsteht Hass. Im Zusammenspiel mit dem Zynismus ist dieser Hass immer mehr zur Substanz der Macht geworden.

Roland Czada: Eine Tendenz vom Internationalismus zum militanten Nationalismus gibt es nicht nur in Russland. Auch die Ukraine scheint auf

diesem Weg zu sein. Was kann da eigentlich die Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland bewirken? Stärken die Sanktionen nicht den Nationalismus und Putin? Erreichen sie womöglich das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollen?

Und was ist von den Präsidentschaftswahlen zu halten? Sind es, rein formal und abgesehen von der Propaganda, faire Wahlen? Wäre es denkbar, dass die Russen, sollte die Stimmung kippen, Putin durch einen anderen Präsidenten ersetzen könnten?

Irina Scherbakowa: Von normalen Wahlen kann keine Rede sein. Alle Fernsehkanäle sind verstaatlicht und es gibt keinerlei Transparenz. Also kann es keine freie Wahlwerbung geben. Zudem ist mit *Boris Nemzow* im Februar 2015 einer der möglichen Kandidaten erschossen worden. Andere wurden aus dem Lande geekelt, mussten fliehen, wurden verhaftet oder stehen unter Hausarrest wie *Alexei Nawalny*.

Die Sanktionen des Westens sind trotzdem wirkungsvoll. Sie waren eine berechtigte Reaktion auf Russlands Eingreifen in der Ukraine. Ich weiß, dass sehr viele Menschen auf der Krim nach Russland wollten. Aber darauf, wie das Referendum dort abgehalten wurde, wie Russland gegen das Budapester Abkommen gehandelt hat und den Frieden in Europa gefährdete, musste eine Reaktion vom Westen kommen. Natürlich kann man sagen, dass in der Ukraine vieles nicht so läuft, wie man es sich wünscht. Auch die Ukraine ist Erbin der sowjetischen Korruption und Diktatur. Aber seit einigen Wochen hört man bei uns nicht mehr viel über die Ukraine. Jetzt dreht sich alles um Syrien. In der Ukraine ist weiterhin Krieg, und es gibt keinen Frieden. Nur ist der Krieg weniger sichtbar, weil Russland aufgehört hat, mit Waffen und Militär massiv einzugreifen. Man hat auch im Donbas einen gefährlichen Drachen herausgelassen! Es gibt keine russische Familie, die nicht auch ukrainische Wurzeln hat. Es sind unvorstellbar viele familiäre Beziehungen dort auseinandergegangen. Auf diese unnachgiebige und kurzsichtige Politik Russlands musste der Westen reagieren.

Matthias Platzeck: Ich habe die westlichen Sanktionen aus zwei Gründen für falsch gehalten. Zum einen fällt es der russischen Führung nun leicht, die von ganz anderen Ursachen herrührende wirtschaftliche Misere einfach dem Westen anzulasten. Zum andern lehrt die Erfahrung, dass die russische Administration, wie sie von Putin geprägt wurde, nicht aufgrund von Sanktionen einlenken wird, ganz im Gegenteil. Darum halte ich die Sanktionen nicht für klug. Ich hoffe darauf, dass mit dem ›Minsk II-Abkommen vom Februar 2015 der Schritt vom Waffenstillstand in der

Ukraine zu einer Friedenslösung gemacht wird und dass dann die Sanktionen aufgehoben werden.

In ganz Europa, nicht nur in Russland, haben wir ein schleichendes, noch nicht richtig erkanntes Problem, und das ist die Auseinandersetzung zwischen libertären und autokratischen Grundlagen von Gesellschaften. In Russland hat sich ein Regime mit ausgesprochen autokratischen Zügen herausgebildet. Dabei spielt übrigens die russisch-orthodoxe Kirche eine problematische Rolle, wenn z.B. Priester Waffen segnen, was im Ukraine-Krieg auf beiden Seiten geschah. Zwischen Staats- und Kirchenführung ist



Matthias Platzeck

dort ein bedenkliches Bündnis zur gegenseitigen Stärkung geschlossen worden. Aber auch in der Europäischen Union gibt es Alarmsignale. In Ungarn ist derzeit wenig von unseren Werten zu entdecken. Wenn in Polen nach den Präsidentschaftswahlen die Partei des früheren Ministerpräsidenten *Kaczynski* auch die Parlamentswahlen gewinnen wird, werden dort unsere Vorstellungen von Zukunfts- und Weltoffenheit enttäuscht werden. Für Frankreich kann man davon ausgehen, dass *Marine*

Le Pen nach den nächsten Wahlen eine Schlüsselrolle spielen wird. Diese Prozesse finden mitten in Europa statt. Erklärungsmuster wie ›70 Jahre Kommunismus in Russland‹ oder ›12 Jahre Faschismus und 40 Jahre Kommunismus in der DDR‹ können für Frankreich nicht geltend gemacht

werden, und auch für Belgien nicht, wo in Flandern Nationalisten großen Zuspruch bei Wahlen haben.

Selbst die deutsche Demokratie hat noch keinen Härte-test bestanden. Wir haben Jahrzehnte wirtschaftlichen Wachstums hinter uns, zwar mit kleinen Dellen, aber immer mit der Perspektive, dass es aufwärts geht. Ich hoffe sehr, dass unsere Demokratie Bestand hat, wenn es einmal 10 Jahre lang nicht mehr besser wird, wenn abgegeben und geteilt werden muss und der Wohlstand nicht mehr wächst. Deswegen bin ich vorsichtig mit Urteilen über Russland und die möglichen Auswirkungen seiner Geschichte.

Mein Anliegen ist es, dass wir unsere Werte, die ich für ein menschliches Miteinander für tragfähig halte, erfolgreich, lebhaft und ausgefüllt vorleben, sie auch in schweren Zeiten aufrechterhalten und dadurch andere motivieren, sie freiwillig zu übernehmen. Aber diese Werte sind nicht dafür geeignet, mit erhobenem Zeigefinger und oberlehrerhafter Attitüde anderen aufgezwungen zu werden.

Die Ereignisse auf der Krim waren Gegenstand eines Seminars in Sot-schi unter dem Titel »Befindlichkeiten und Emotionen im Völkerrecht« im Rahmen des Petersburger Dialogs im Dezember 2014. Daran nahmen zahlreiche deutsche und russische Völker- und Verfassungsrechtler teil. Die Diskussions- und Trennlinien gingen quer durch die Gruppen der Deutschen wie auch der Russen. In dieser Frage treffen zwei völkerrechtliche Grundsätze aufeinander, die bisher so noch nicht ausgetragen wurden: Die territoriale Unversehrtheit eines Staates und das Selbstbestimmungsrecht von Völkern. Was ist zu tun, wenn ein Territorium wie das der Ukraine unangetastet bleiben soll, aber eine große russische Mehrheit in einem Teil dieses Territoriums sagt, dass sie nicht mehr mit den Ukrainern leben will? Das ist völkerrechtlich noch nicht entschieden und Gegenstand vieler Streitgespräche. Entsprechend den völkerrechtlichen Grundsätzen der Unversehrtheit eines existierenden Staates hätte Deutschland 1991 z.B. die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens nicht anerkennen dürfen. Dem stand die geltende jugoslawische Verfassung entgegen. *Hans-Dietrich Genscher* setzte diese politische Entscheidung durch, die SPD stimmte im Bundestag dagegen. Wir sollten uns also, was die Krim betrifft, nicht über Russland erheben. Der Westen hat das Völkerrecht an vielen Stellen so ausgelegt und benutzt, wie es gerade gebraucht wurde. Als das Völkerrecht im Irak von den USA flagrant verletzt wurde und Zehntausende Tote zur Folge hatte, hat niemand Sanktionen gefordert.

Roland Czada: Die Konfliktlinien in den Kriegen auf der Krim und in Syrien haben welt- bzw. geopolitische Dimensionen. In diesem Zusammenhang taucht immer wieder die Frage nach den Zielen der russischen

Regierung auf. Ist es die Wiederherstellung des Territoriums der Sowjetunion oder des Zarenreichs? Gibt es überhaupt einen Plan oder ist es nur ein in der Politik nicht unübliches Spiel von Aktion und Reaktion?

Irina Scherbakowa: Ich will mich gar nicht hineinversetzen in die Pläne Putins. In Russland zerbrechen sich Kritiker, Politologen oder Journalisten die Köpfe darüber, was aus Russland werden soll und wohin es jetzt geht. Wer darauf eine Antwort weiß, müsste mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden. Wie lebt man in einer Situation, in der man nicht weiß, wie die Zukunft aussehen wird? Aktuelle Meinungsumfragen zeigen, dass



Irina Scherbakowa

die Menschen ihr Leben hinsichtlich Arbeit, Geld und Gesundheit nur für zwei, drei Monate im Voraus planen. Das ist unerträglich und macht alle krank, Kritiker wie Anhänger der Regierung. Fragt man die Menschen nach ihrer Meinung zur Krise, zur Arbeit der Polizei und der Gerichte, bekommt man verheerend negative Antworten. Alle Hoffnung richtet sich nur auf eine einzige Führungsperson. Das macht alles sehr unsicher. Jedes Gerücht darüber, was ›da oben‹ geschieht, macht die Menschen nervös. Das sind böse Symptome. Die Mehrheitsmeinung geht dahin, anzunehmen, Putin wolle mit seiner Politik die ›russische Welt‹ vereinigen. Um so etwas umzusetzen, müsste er den Leuten aber etwas anderes anbieten als nur nostalgische Gefühle oder Nationalstolz, nämlich eine sichere Existenz und wirtschaftlichen Erfolg. Jetzt ist es so, dass Kasachstan etwas Abstand zu nehmen scheint, *Luka-*

die Menschen ihr Leben hinsichtlich Arbeit, Geld und Gesundheit nur für zwei, drei Monate im Voraus planen. Das ist unerträglich und macht alle krank, Kritiker wie Anhänger der Regierung. Fragt man die Menschen nach ihrer Meinung zur Krise, zur Arbeit der Polizei und der Gerichte, bekommt man verheerend negative Antworten. Alle Hoffnung richtet sich nur auf eine einzige Führungsperson. Das macht alles sehr unsicher. Jedes Gerücht darüber, was ›da oben‹

schenko in Weißrussland macht Tänze zwischen Russland und dem Westen, ganz zu schweigen von der Ukraine. Mit der jetzigen Politik kann man diese Welt nicht zusammenhalten. Auch wir haben nach dem Zerfall der Sowjetunion davon geträumt, dass so etwas wie die EU entstehen könnte. Die russische Sprache, die uns alle verbindet, hätte dafür die Grundlage sein können. Das alles ist heute nicht mehr in Sicht.

Was über Korruption und unangenehmen Nationalismus in Russland gesagt wurde, trifft sicher zu. Doch es gibt noch etwas dazwischen: Die russische Korruption und der Zynismus der Mächtigen waren so flächendeckend, dass beides einen Ansteckungseffekt auf viele gehabt hat, die mit Russland Geschäfte machten. So sehr wir uns gefreut haben, wenn große internationale Unternehmen nach Russland kamen, dass investiert wurde und gemeinsame Betriebe entstanden, so haben wir doch mit ansehen müssen, dass dabei oft Bestechungsgelder geflossen sind. Es ist schwer für Geschäftsleute, in Russland ›sauber‹ zu bleiben und sich nicht zu infizieren. Auf der Ebene der Entscheider in Russland hatte das die Wirkung, dass man sich sagte: Also ist der Westen käuflich und es geht nur um den Preis. Die Zivilgesellschaft und die Moral spielen keine Rolle, Geld entscheidet alles. – Das war ein sehr schlechtes Signal für beide Seiten.

Man muss in Deutschland erkennen, dass es Grenzen gibt, wenn man in Russland Geschäfte macht. Wenn man in Deutschland die vorhandene protestantische und ehrliche Tradition aufgibt und den Weg der russischen Korruption mitgeht, fühlen wir uns im Stich gelassen.

Matthias Platzeck: Für die außenpolitischen Ambitionen der russischen Regierung spielt deren Selbstverständnis eine wichtige Rolle. *Barack Obamas* Worte, wonach Russland nur noch eine Regionalmacht sei, hat viele, auch liberale Russen getroffen, und vor allem Putin selbst. Russland macht nun mit allen Mitteln seinen Anspruch deutlich, mehr als eine Regionalmacht zu sein. Als Feld, dies zu beweisen, wurde Syrien auserkoren. Zudem war Russlands einziger Marinestützpunkt am Mittelmeer, im syrischen Tartus, gefährdet. Es war klar, dass diese Basis nicht aufgegeben würde, zumal die Russen seit langem im Mittleren Osten sowohl Interessen als auch Kompetenzen haben. Man muss Putins Äußerungen ernstnehmen, um zu verstehen, worauf er immer wieder hinweist, wahrscheinlich aus eigener Angst. Zu den Vorgängen auf dem Majdan in Kiew betonte Putin stets, dass der damalige Präsident *Janukowytsch* der gewählte Präsident sei und, ob sympathisch oder nicht, entsprechend behandelt werden müsse. Unter Beteiligung des polnischen Außenministers *Sikorski* und von Außenminister *Steinmeier* wurde ein Übergangsvertrag geschlossen, der Neuwahlen vorsah und Janukowytsch einen ordentlichen Abgang aus dem

Amt ermöglichen sollte. Was tags darauf auf dem Majdan und im ukrainischen Parlament geschah, machte diesen Vertrag obsolet. Das machte Putin Angst. Seitdem wiederholt er so oft wie möglich – und bei *Bashar al-Assad* ganz genauso –, dass ein gewählter Präsident nicht durch einen Putsch aus dem Amt kommen darf. Putin sagt, das Assad als gewählter Präsident Russland ersucht habe, in Syrien militärisch einzugreifen. Dieses Verfahren ist durch das Völkerrecht legitimiert. Völkerrechtlich kompliziert ist eher, was unsere Verbündeten in Syrien tun, da sie nicht durch den gewählten Präsidenten gebeten wurden, militärisch einzugreifen. Das alles ist zu berücksichtigen, man muss die Sachverhalte benennen, wie sie sind.

Auf einer außenpolitischen Tagung in Moskau wurde gesagt, dass sich das Schicksal der Ukraine letztlich auch in Syrien entscheiden und alles seine Rückwirkungen haben werde. Vor Kurzem gab es nun Konsultationen zwischen russischen und amerikanischen Militärs, um die Konflikteinzudämmen. Es werden diplomatische Bemühungen der Außenminister Kerry und Lawrow hinzukommen, an denen auch der türkische, der saudische und weitere Außenminister beteiligt sind. Dabei werden hoffentlich Vorgehensweisen beschlossen, die zu einem besseren Miteinander führen. Schließlich treffen sich dort die Interessen der Russen, die amerikanischen Interessen und die Interessen der Europäer, die viel intensiver sind als früher. Millionen von Menschen warten in Flüchtlingslagern in und um Syrien und Irak auf ein Signal, ob sie eine Zukunft in ihren Heimatländern haben werden. Gelingt das nicht, werden wir viel größere Flüchtlingszüge erleben, als es im Moment der Fall ist. Die Vernunft obsiegt hoffentlich, und alle bewegen sich, die auf dem Spielfeld sind. Vielleicht muss man Assad einräumen, an einer Übergangsgestaltung beteiligt zu sein. Der Ruf danach, einen Diktator zu beseitigen, ist noch keine außenpolitische Strategie. Man muss wissen, was folgen soll. Im Irak und in Libyen sehen wir, dass eine falsche Strategie nur Chaos erzeugt. Für die Menschen ist es in beiden Ländern nicht besser geworden.

Publikum: Ein Grundsatz des Westfälischen Friedens ist der, dass die eine Partei immer so handeln sollte, dass das Ansehen der anderen Partei gemehrt wird. Wäre das immer befolgt worden, hätte es keinen Ersten und Zweiten Weltkrieg gegeben. Wie können wir heute die deutsch-russische Freundschaft mehren?

Matthias Platzeck: Ein Vorschlag wäre, von deutscher und europäischer Seite gegenüber der vorherrschenden Abschottungspolitik ›antizyklisch‹ zu handeln. Konkret könnte man Visaerleichterungen einführen für junge Russen, Studierende und andere, die herkommen wollen. Das wäre einer

der besten Katalysatoren für ein besseres Miteinander. Präsident Putin würde man damit keinen Gefallen tun, er wäre nicht besonders froh, wenn viele Russen unkompliziert nach Deutschland reisen könnten. Wir brauchen neue Ideen und ungewöhnliche Maßnahmen, um eine Wiederannäherung zu erreichen.

Irina Scherbakowa: Den Vorschlag, die Vergabe von Visa zu erleichtern, finde ich gut, das wäre ein positives Signal. Allerdings haben in Russland nur 7% der Bevölkerung Ausreisedokumente. Sehr viele Menschen haben bis heute nicht ein einziges Mal ihren Ort verlassen.

Ich glaube letztlich nicht daran, dass Veränderungen in Richtung Demokratie in Russland von außen kommen können. Russland muss sich selbst verändern. Wichtig ist, dass man im Westen ernsthaft verfolgt, was in Russland geschieht, auch innenpolitisch. Wichtig ist auch, die bisher entstandenen, sehr zahlreichen Beziehungen zwischen den Partnerstädten, den NGOs, den Wissenschaftlern oder den kulturellen Kreisen fortzusetzen – entgegen der in Russland deutlichen Tendenz, diese Beziehungen abzubauen. Diese Tendenz ist sehr konservativ, traditionalistisch, orthodox. Man muss mit allen humanistischen Mitteln zu verhindern suchen, dass Russland sich abkapselt. Als Kulturwissenschaftlerin glaube ich fest daran, dass über die Kultur etwas zu bewirken ist. Was in Russland heute passiert, ist nicht nur eine Absage an die europäischen Werte, es ist zum Teil ein kultureller Rückschritt. Dem muss man sich entgegenstellen, allen bürokratischen Hindernissen zum Trotz. Dazu ein Beispiel: Um ein Paket aus Russland herauszubringen, das Dokumente aus unserem Memorial-Archiv für eine Ausstellung im Literaturhaus Berlin enthielt, brauchte ich fast 100 unterschiedliche Dokumente. Es ging um 10 kleine Bücher und 10 weitere Schriftstücke.

Publikum: Für mich waren die Ereignisse in der Ukraine und besonders im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014, bei denen 48 Menschen ums Leben kamen und mehr als 200 verletzt wurden, sehr beängstigend. Darüber wurden wir über Wochen durch unsere Medien nicht richtig informiert. Die Meinungs- und Medienfreiheit war eingeschränkt und die anti-russische Stimmung nahm zu. Herr Platzeck, gewährleistet unsere demokratische Öffentlichkeit noch Meinungsfreiheit?

Matthias Platzeck: Die Berichterstattung über Ereignisse wie die angesprochenen in Odessa wirkt auch auf mich oft sehr selektiv. Außenminister Steinmeier war dort und hat die ukrainische Regierung um Aufklärung gebeten, was nicht zufriedenstellend geschehen ist.¹

Publikum: Ich verfolge außer deutschen auch russische und ukrainische Medien. Überall gibt es Beispiele für einseitige Berichterstattung. Sehr viele Jugendliche in Russland kommunizieren im Internet. Mein Eindruck ist, dass sie Deutschland weit weniger negativ sehen als die Eliten der Politik und der Wirtschaft. Wir haben gute Chancen, die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu verbessern, wenn wir Städtepartnerschaften ausschöpfen und Jugendliche zusammenbringen.

Publikum: Vor Kurzem hat sich endlich die deutsche Bundesregierung, vertreten durch ihren Russland-Beauftragten *Gernot Erlor*, in Minsk für die Verbrechen an Russen, Juden und anderen Menschen dort während des Zweiten Weltkriegs entschuldigt. Das ist ein guter Weg, und es ist wichtig, dass junge Leute, Schulen und Universitäten miteinander Austausch pflegen.

1 Siehe auch https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Odessa_am_2._Mai_2014.